



Programm für ein junges Bayern

Die zweite Ökumenische Jugendkonferenz der Evangelischen Jugend in Bayern (EJB) und des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Bayern hat sich vom 2. bis 3. Februar 2013 in Gauting mit den Rahmenbedingungen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen beschäftigt.

Aus christlicher Verantwortung für das Wohl und die Zukunft junger Menschen wenden sich die VertreterInnen der evangelischen und katholischen Jugendarbeit mit folgenden Forderungen an die politisch Verantwortlichen in Bayern.

1. Bildung und Betreuung

Bildung ist ein wesentlicher Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Voraussetzung, das eigene Leben mündig zu gestalten und für die eigenen sowie die Belange anderer einzutreten.

Um allen Kindern und Jugendlichen unabhängig ihres sozio-ökonomischen Hintergrunds bestmögliche Bildungschancen zu ermöglichen, fordern wir:

- Die Aufwertung der frühkindlichen Bildung und Betreuung durch Investitionen in die Kindertagesbetreuung. Das Betreuungsgeld ist in diesem Zusammenhang kontraproduktiv. Insbesondere ist eine gerechte Entlohnung und gesellschaftliche Anerkennung des pädagogischen Fachpersonals nötig.
- Die Gestaltung eines der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen angepassten und wohnortnahen Schulsystems. Der Schulbetrieb muss spätestens um 16.00 Uhr hausaufgabenfrei enden, auch um Gelegenheiten zur selbsttätigen Freizeitgestaltung zu schaffen (außerschulische Bildung, insbesondere ehrenamtliches Engagement, zweckfreie Zeit).
- Alle (Aus-)Bildungswege sind kostenfrei zu gestalten, um zu verhindern, dass junge Menschen zu hohe Hürden überwinden müssen oder mit Schulden in das Berufsleben starten. Die zunehmende Ökonomisierung und Privatisierung der Bildungslandschaft widerspricht dem Recht junger Menschen eine Ausbildung zu absolvieren, die ihrer inneren Neigung und Begabung entspricht.

2. Fairer Handel und Kritischer Konsum

Mit jedem Einkauf eines Konsumgutes und jeder Inanspruchnahme einer Dienstleistung übernehmen wir Verantwortung für gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen vor Ort und weltweit.

Um dieser Verantwortung gerecht zu werden fordern wir:

- Die Einführung von Richtlinien zur Beschaffung und Vergabepaxis in öffentlichen Einrichtungen auf allen Ebenen anhand regionaler, ökologischer, sozialer und fairer Kriterien.
- Die Förderung von regionalen Vermarktungsstrukturen
- Die Implementierung der Themenfelder „Fairer Handel und Kritischer Konsum“ in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie den Ausbau der finanziellen Förderung für Bildungsangebote der Jugendarbeit.

3. Soziale Gerechtigkeit und Zukunftsperspektiven

Eine nach christlichen Maßstäben gerechte Gesellschaft ist nur möglich, wenn alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung, die gleichen Chancen und Möglichkeiten vorfinden, ihr Leben zu gestalten und Perspektiven zu entwickeln. Aus der Lebenssituation junger Menschen bedeutet dies insbesondere:

- Verlässliche Rahmenbedingungen und Planbarkeit des Berufslebens junger Menschen anstatt prekärer Arbeitsverhältnisse.
- Gleiche und gerechte Bezahlung für gleiche Arbeit insbesondere unabhängig von Geschlecht und Anstellungsverhältnis, sowie die Aufwertung personenbezogener und sozialer Dienstleistungen.
- Einen Paritätischen, solidarischen und fairen Gesellschaftsvertrag (Generationenausgleich, Sozialversicherungssystem, Steuersystem) für ALLE.

4. Energie, Ökologie und Nachhaltigkeit

Die Art und Weise wie wir in Bayern mit Energie, Rohstoffen und der Umwelt umgehen, hat massive Auswirkung auf das Leben der nächsten Generationen.

Auch unsere Kinder und Enkel sollen eine lebenswerte und gesunde Umwelt vorfinden. Um der Verantwortung für Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Schöpfung gerecht zu werden, ist folgendes notwendig:

- Die politischen Kompetenzen werden in einem neu zu gründenden Ministerium für Ökologie und Energie gebündelt.
- Regionale und dezentrale Versorgungsstrukturen; z.B. soll in den Bereichen Energie, Nahrung, öffentlicher Verkehr und Wasser, als öffentliche Daseinsvorsorge, der Aufbau und Erhalt gezielt gefördert werden.
- Bildungsprojekte und Aufklärungsarbeit für nachhaltige Entwicklung werden verstärkt gefördert.

5. Partizipation

Kinder und Jugendliche müssen die Möglichkeit haben, die Entscheidungsprozesse, die ihr Leben und ihre Zukunft betreffen, selbst mit zu gestalten. Sie tun dies bereits in verschiedensten Formen des politischen und ehrenamtlichen Engagements. Allerdings besteht hier weitreichender Ausbaubedarf.

Ausdrücklich unterstützen wir den Beschluss des 141. Hauptausschusses des Bayerischen Jugendrings vom Oktober 2012 „Mehr Partizipation und politische Bildung in Bayern“. Zur Umsetzung müssen vordringlich folgende notwendige Rahmenbedingungen geschaffen werden:

- Mehr Freiräume und Ressourcen für den Ausbau und Erhalt der Jugendarbeit in Bayern. Sie ist der originäre Ort, an dem Jugendliche Engagement und Partizipation ausüben, leben und weiterentwickeln können.

- Partizipation muss zum Prinzip in allen bayerischen Bildungseinrichtungen werden. Wir fordern die Entwicklung und Einführung von repräsentativen, offenen und projektorientierten Formen, die jungen Menschen ein wirkungsvolles Mitspracherecht sichern.
- Barrieren zur Beteiligung an politischen und parlamentarischen Prozessen müssen abgebaut werden. Wir fordern alters- und bildungsgerechte Beteiligungsverfahren und die gesetzliche Verankerung von Jugendbeteiligung, insbesondere eine Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 14 Jahre.

6. Globalisierung und Finanzpolitik

Im Sinne einer internationalen Verantwortung für eine gerechte Zukunft für alle Kinder und Jugendlichen ist folgendes politisch geboten:

- Nachhaltige Anlage des öffentlichen Vermögens des Freistaats Bayern und das Anstreben eines ausgeglichenen Haushalts in Bayern ohne Schattenhaushalt (versteckte Staatsschulden) zum Wohle zukünftiger Generationen.
- Förderung von strukturschwachen Räumen in Bayern zur Teilhabe an einer globalisierten Welt: z.B. durch Digitalisierung, Bildungsstrukturen, Verkehrsinfrastrukturen, Bau- und Gebäudeinfrastrukturen.
- Gewährleistung einer menschenwürdigen Aufnahmepraxis für Flüchtlinge und Sicherstellung eines zeitnahen, zügigen Antrags- und Verwaltungswesens.

7. Ehrenamt

Ehrenamtliches Engagement ist die Basis der Jugendarbeit. Bei zunehmendem Leistungsdruck in der Gesellschaft ist es Pflicht und Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement zu verbessern. Deshalb fordern wir:

- Die Einführung von flexiblen Freistellungskonten bei öffentlichen und privaten ArbeitgeberInnen, sowie für Schüler und Schülerinnen und Studierenden, zum Zwecke der Jugendarbeit.
- Die gleichwertige Anerkennung und Anrechnung von inner- und außeruniversitärem ehrenamtlichen Engagement an Hochschulen.
- Die Steigerung der Anerkennungskultur der JuLeiCa (Jugend LeiterInnen-Card) und deren Etablierung als Qualitätsmerkmal in Bayern.

EJB und BDKJ haben diese Forderungen entwickelt mit einem Blickwinkel, der die Bedürfnisse kommender Generationen ebenso berücksichtigt wie die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation. Nur eine umfassende und weitsichtige Politik der Nachhaltigkeit, welche Ökonomie, Soziales und Ökologie gleich gewichtet kann dies gewährleisten.

Einstimmig beschlossen von der Landesjugendkammer der Evangelischen Jugend in Bayern und dem Landesausschuss des BDKJ Bayern im Rahmen der 2. Ökumenischen Jugendkonferenz, 2.-3. Februar 2013, Institut für Jugendarbeit, Gauting